

Schwer erträglich.

Eine Abrechnung mit der Steuerpolitik der Bundesregierung.

Wir erleben derzeit den umfassendsten Angriff auf die sozialstaatlichen Errungenschaften seit Gründung der Bundesrepublik. Die Steuerpolitik ist ein zentrales Feld dieser Auseinandersetzung. Mehr noch als in der Gesundheits- und Rentenpolitik gibt es einen breiten gesellschaftlichen Konsens: Die Steuern in Deutschland sind zu hoch. Dieser Konsens umfasst alle im Bundestag vertretenen Parteien, praktisch alle Massenmedien und die Stammtische. Die Bild-Zeitungskampagne „Steuern runter – macht Deutschland munter“ bringt auf den Punkt, was die meisten Menschen glauben.

In der ExpertInnendebatte zum Thema spielt Globalisierung eine wichtige Rolle. Der Standort Deutschland soll für den internationalen Wettbewerb fit gemacht werden. Deshalb senkte die Bundesregierung die Unternehmenssteuern massiv und plant weitere Steuererleichterungen für Kapitaleinkünfte.

Um so wichtiger ist in dieser teilweise schwer überschaubaren Diskussion den Überblick zu behalten. Erst angesichts der zentralen Mängel des deutschen Steuer- und Abgabenwesens zeigt sich, dass die aktuelle „Reform“-diskussion an den zentralen Ungerechtigkeiten völlig vorbeigeht. Am Schluss werde ich zeigen, welche Alternativen wir voranbringen sollten.

Zentrale Mängel des deutschen Steuer- und Abgabenwesens

Deutschland ist kein Hochsteuerland. Im internationalen Vergleich ist die Steuerbelastung niedrig (Abb.1)¹. Die Sozialabgaben liegen dagegen am oberen Ende. Nimmt man die Belastung mit Steuern und Abgaben² zusammen, so findet sich Deutschland im Mittelfeld der Industrieländer. Wieso stöhnen dann so viele Menschen unter der hohen Steuerbelastung?

Auch sind die realen Steuern nicht angestiegen (Abb.2). Im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung ist die Steuerbelastung konstant. Anders ist es mit den Sozialabgaben. In den 70er Jahren stiegen die Sozialabgaben durch Leistungsverbesserungen deutlich an. In den 90er Jahren wurden hohe Kosten der Wiedervereinigung in die Sozialkassen geschoben. So erhöhten sich die Sozialabgaben.

Sie machen inzwischen über 40% aller Staatseinkünfte aus. Ein Skandal, da sie nur aus den Arbeitseinkünften finanziert werden. Anders als bei den Steuern gibt es bei den Sozialabgaben kein unbelastetes Existenzminimum. Schlimmer noch: Wer besonders viel verdient, kann sich aus der Gesundheitsversicherung verabschieden oder wird nur mit einem Teil des Einkommens zur Kasse gebeten. Auch eine progressive (mit der Einkommenshöhe überproportional steigende) Belastung der Einkommen sind den Sozialabgaben fremd.

Die großen Unternehmen haben sich dank Kohlscher und rot-grüner Steuerpolitik über die 90er Jahre und seit 2001 armgerechnet. In 2001 und 2002 hat die Körperschaftssteuer, als Steuer auf die Gewinne der großen Unternehmen, praktisch nichts eingebracht. Das macht Steuerausfälle von mehr als 20 Mrd. € pro Jahr! Gleichzeitig bringen viele Unternehmen ihr Kapital ins Ausland und geben sich selbst mit dem gleichen Kapital wieder ein Darlehen, um

¹ Es gibt keinerlei wissenschaftlichen Beweis, dass hohe Steuern und Abgaben schlecht für den Wirtschaftsstandort sind. Im Gegenteil: Es gibt keinen Zusammenhang zwischen Staatsquote auf der einen Seite und wirtschaftlichem Erfolg auf der anderen. Länder wie Schweden, Frankreich, Dänemark, u.a. zeigen, dass eine hohe Belastung mit Steuern und Abgaben sehr wohl mit höherer Beschäftigung als in Deutschland vereinbar sind. Vgl. Scharpf (1999). Das ist jedoch nicht Thema dieses Artikels.

² Steuern und Abgaben unterscheiden sich dadurch, dass Abgaben immer zweckgebunden sind (etwa Beiträge zur Rentenversicherung) während Steuern in den allgemeinen Staatshaushalt fließen.

so ihren Gewinn per Zinszahlung ins Ausland zu verlagern. Die kommunale Gewerbesteuer, eine Steuer auf den Unternehmensgewinn, ist stark rückläufig. Die Kommunen sind daher gezwungen Besitz zu Schleuderpreisen zu privatisieren und immer mehr wichtige kommunale Einrichtungen zu schließen oder verrotten zu lassen. Auch hier zeigt sich bei genauem Hinsehen, dass viele Unternehmen sich mit Hilfe von Steuertricks arm rechnen (Bayerischer Städtetag 2003). Außerdem schwanken die Steuereinnahmen aus der Gewerbesteuer stark.

In der Einkommenssteuer können sich die EmpfängerInnen von Kapitaleinkünften erfolgreich ums Steuerzahlen drücken. Verkaufserlöse aus Aktien und Immobilien sind meist völlig steuerfrei. Schon lange muss der Staat VermieterInnen mehr Steuern erstatten als er aus Mieteinnahmen an Steuern erhält (mehrere Mrd. €). Ferner schützt das Bankgeheimnis BezieherInnen von Kapitaleinkünften vor dem Fiskus. Den größten Teil der Steuerlast tragen EmpfängerInnen höherer Lohneinkünfte.

Trotz anderer Versprechen vor der Bundestagswahl 1998 hat Rot-Grün auf die Erhebung der Vermögenssteuer verzichtet. Steuerausfall: 10 Mrd. €. Auch die Erbschaftssteuer ist in Deutschland unerträglich niedrig. Während 20% der jungen Deutschen zur ErbInnengeneration gehören, gehen 80% leer aus. Die Erbschaftssteuer erbringt 3 Mrd. € - nur ein läppischer Teil der jährlich vererbten 200 Mrd. €. Im internationalen Vergleich ist die Bundesrepublik im bei Vermögens- und Erbschaftssteuern ein Niedrigsteuerland.

Insgesamt werden damit Arbeitseinkünfte heute höher mit Steuern und Abgaben belastet als die Kapitaleinkünfte der Vermögenden (Jarass/Obermaier 2002). Die Lohnsteuer und die Sozialabgaben müssen einen immer größeren Teil der öffentlichen Ausgaben finanzieren. Daher unterstützen viele Menschen die Rufe nach Steuersenkung.

Was hat die Bundesregierung angesichts dieser enormen Schieflage im deutschen Steuersystem gemacht? Die wichtigsten Maßnahmen:

- Massive Senkung der Steuerbelastung für die Kapitalgesellschaften (darunter fast alle Konzerne)
- Senkung des Spitzensteuersatzes (von 53% auf 48,5%) in der Einkommenssteuer bei geringer Gegenfinanzierung (d.h. Entlastung aller Gutverdienenden) sowie Steuersenkung bei niedrigen Einkommen (sinnvoll!). Die Steuern von Gutverdienenden wurden weitaus stärker gesenkt als von Geringverdienenden.
- Erhöhung der Verbrauchssteuern, v.a. durch die Ökosteuer, und gleichzeitige Entlastung der Rentenversicherung. Höhere Energiesteuern sind natürlich grundsätzlich positiv. Aber durch die konkrete Ausgestaltung werden Geringverdienende stark belastet: SozialhilfeempfängerInnen, RentnerInnen, Studierende, usw. zahlen Ökosteuer, haben aber nichts von der günstigeren Rentenversicherung.

Sind schon die Taten schwer erträglich, so sehen die Planungen nicht besser aus:

- Die schon beschlossene Steuerreform soll um ein Jahr auf den 1.1.2004 vorgezogen werden. Damit würde der Spitzensteuersatz auf 42 % fallen. Auch Geringverdienende sollen entlastet werden. Wiederum schwächer als die Gutverdienenden.
- Amnestie für Steuerflüchtlinge: Wer Steuern aus ausländische Kapitaleinkünfte hinterzogen hat, soll mit einer Mini-Steuer ohne viele Fragen Geld legalisieren können. Ein Schlag ins Gesicht aller ehrlichen SteuerzahlerInnen und eine einmalige Gelegenheit zur Geldwäsche für Kriminelle aller Art.
- Um diesen miesen Deal attraktiv zu machen, soll dazu eine Abgeltungssteuer von 25%

auf alle Zinseinkünfte eingeführt werden. Mit dieser Steuer wären Zinseinkünfte abschließend besteuert. Vermögensmillionäre würden damit auf ihre Zinseinkünfte weniger Steuern bezahlen als Durchschnittsverdienende auf ihre Lohneinkünfte.

- Bei der Gewerbesteuerreform soll den Kommunen nur unzureichende Erleichterung verschafft werden. Zwar sollen FreiberuflerInnen zur Kasse gebeten werden, die Großunternehmen, die sich vielfach aus der Gewerbesteuer verabschiedet haben, kämen jedoch ungeschoren davon.

Die aktuellen Reformen ignorieren die zentralen Ungerechtigkeiten unseres Steuer- und Abgabensystems total. Sie verschärfen sie gar noch. Kapital- und Vermögenseinkommen werden steuerlich noch besser gestellt, obwohl sie in Deutschland im internationalen Vergleich ohnehin niedrig belastet sind. Der Staat verzichtet damit auf riesige Steuereinnahmen. Dadurch kann er die dringend notwendigen unerledigten gesellschaftlichen Aufgaben nicht finanzieren: Bildungseinrichtungen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern, verrottetes Kanalisationssystem, unmenschliche Altenpflege, verschandelte Landschaft. Hier wären die Arbeitsplätze der Zukunft.

Die Bundesregierung nimmt außerdem in Kauf, dass die geplanten „Reformen“ zusammen konjunkturell negativ wirken. Insbesondere die Entlastung der Gutverdienenden wird nicht die Konjunktur ankurbeln, sondern deren Ersparnisse erhöhen. Die dringend notwendige stärkere Binnennachfrage wird so gebremst.

Was tun?

All diese Maßnahmen verschärfen die Ungleichheit bei Vermögens- und Einkommensverteilung weiter. Schon heute besitzen die oberen 10% der Gesellschaft mehr als 40% des Geldvermögens, die untere Hälfte muss sich mit 4,5% zufrieden geben. Die Bundesregierung plant einen großen Test: Wie viel Ungleichheit erträgt die Bevölkerung?

Für Attac und alle anderen progressiven Organisationen ist daher entscheidend, die immer schiefere Verteilung von Vermögen und Einkommen bekannter zu machen und Protest gegen die Umverteilungspläne der Bundesregierung zu organisieren. Trotz aller neoliberalen Propaganda: Der Ruf nach Umverteilung wird niemals verstummen.

Gleichzeitig müssen wir deutlich machen, dass reale Alternativen zur derzeitigen Steuer- und Abgabepolitik existieren. Ihre Auswirkung wäre ökonomisch und verteilungspolitisch positiv. Die sechs zentralen Projekte sind:

- Die Einbeziehung des gesamten Volkseinkommens bei der Berechnung der Sozialabgaben (BürgerInnenversicherung).
- Die Einführung einer Mindestbesteuerung in der Einkommens- und Körperschaftssteuer, wie sie in den USA längst Gesetz ist. Wer hohe Einkommen hat, soll sich nicht mehr arm rechnen dürfen (Jarass/Obermair 2002).
- Die Besteuerung von Vermögen und Erbschaften muss zumindest auf den internationalen Durchschnitt angehoben werden.
- Damit dies nicht zu Steuerflucht führt, muss der Kampf gegen Steuerhinterziehung in den Steueroasen und im Inland massiv verschärft werden. Vor allem muss das steuerliche Bankgeheimnis gelockert werden (Giegold 2003).
- Die Gewerbesteuer ist durch eine kommunale Betriebssteuer zu ersetzen, die nicht mehr durch Gewinnverlagerung ins Ausland vermieden werden kann und jede kommunale Wertschöpfung einbezieht (Bayerischer Städtetag 2003).
- Schließlich muss die ökologische Steuerreform fortgesetzt werden, freilich ohne die

sozialen Fehler der rot-grünen Ökosteuer zu wiederholen.

Sven Giegold
Attac-AG Steuerflucht und Steuerpolitik

Literaturempfehlungen:

Bayerischer Städtetag (2003): Reform der Gewerbesteuer – Anforderungen und Auswirkungen, München.

Sven Giegold (2003): Steueroasen trockenlegen!, Attac-Basistext 4, vsa: Hamburg.

Lorenz Jarass/Gustav M. Obermair (2002): Wer soll das bezahlen? Wege zu einer fairen und sachgerechten Besteuerung, Metropolis: Marburg.

Fritz Scharpf (1999): Regieren in Europa, Frankfurt a.M./New York.

Internetseite:

www.verdi.de/wirtschaftspolitik

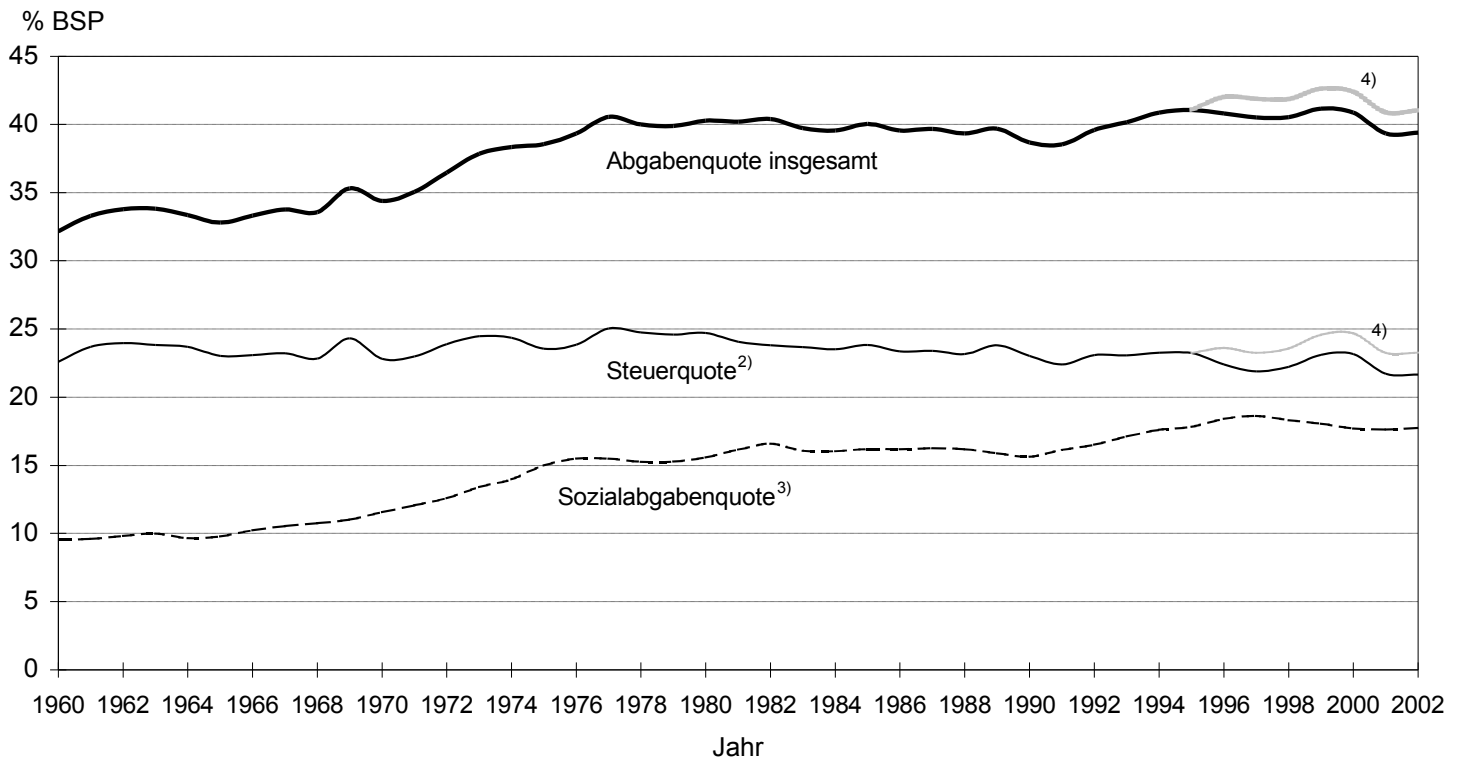
Hier findet sich eine Vielzahl von Texten, Statistiken und Folien zum Thema Steuern.

Abbildungen:

Abb.1: Steuern und Abgabenquoten im internationalen Vergleich, Quelle: Bundesministerium für Finanzen (BMF) 2001.

Abb.2: Entwicklung von Steuern und Abgaben in Deutschland. Quelle: Stefan Bach, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

Gesamtwirtschaftliche Steuer- und Abgabenquoten 1960 bis 2002¹⁾



1) 2001 und 2002 geschätzt.- 2) Steuereinnahmen in % des BSP.- 3) Sozialabgaben in % des BSP. 4) Einschließlich Kindergeld (das Kindergeld wird von 1996 an mit der Lohnsteuer verrechnet).